



2018/36 Geschichte

<https://shop.jungle.world/artikel/2018/36/zu-spaet-gekommen>

ისტორია - Sozis gegen Sozis: der Kampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki um Georgien

Zu spät gekommen

Von **Jörn Schulz**

Die Bolschewiki propagierten die nationale Selbstbestimmung. Dennoch eroberten sie 1921 die sozialdemokratisch geführte georgische Republik - unter der Führung eines Georgiers.

Man kann Stalin von verschiedenen Seiten betrachten. Von links erscheint er als attraktiver Hipster, der heutzutage auf Tinder sicher viel Erfolg hätte. In der Frontansicht sieht man den entschlossenen Generalissimus. Von rechts erblickt man einen würdevollen Staatsmann.

Ein solches Vexierbild hängt in »Stalin's Underground Printing House« in Tiflis, das staatlich nicht als Museum anerkannt und von einer stalinistischen Sekte geleitet wird, die unverdrossen sowjetische Mythologie präsentiert. Tatsächlich waren es die Bolschewiki, die hier von 1903 bis 1906 eine geheime Druckerei betrieben. Man druckte in drei Sprachen: Georgisch, Armenisch und Russisch. Es ist nicht einmal sicher, dass Stalin, der 1903 nach Sibirien verbannt wurde, von dort floh und sich selten lange an einem Ort aufhielt, jemals hier war. Aber er erwarb als Kader im Kaukasus die Erfahrung, die ihn zum führenden Experten der Bolschewiki für Nationalitätenfragen aufsteigen ließ - und einige Verdienste können ihm nicht abgesprochen werden. So organisierte er 1905 in Baku eine Miliz, die mit einer Rothelmission die Kämpfer aserbaidzhanischer und armenischer Milizen zu trennen versuchte.

Bereits 1907 galt Stalin als der führende bolschewistische Kader in Georgien. 1913 schrieb er im Auftrag Lenins »Marxismus und nationale Frage«, eine etwa 60 Seiten lange, recht schematische, aber den damaligen wissenschaftlichen Maßstäben genügende Abhandlung. Die Bolschewiki vertraten das Recht auf »nationale Selbstbestimmung« der »unterdrückten Völker«, waren sich aber der Tatsache bewusst, dass die Dinge im wirklichen Leben recht verworren waren - nicht zuletzt im Kaukasus. »Was soll mit den Mingrelen, Abchasen, Adsharen, Swanen, Lesghiern usw. geschehen, die verschiedene Sprachen sprechen, aber keine eigene Literatur haben?« fragte Stalin. »Zu welchem - nationalen Verband sind die Adsharen zu zählen, die georgisch reden, aber eine türkische Kultur haben und sich zum Islam bekennen?«

Die Bolschewiki verstanden sich als alleinige Repräsentanten eines über allem anderen stehenden Klasseninteresses – was auch immer die menschewistischen Arbeiter darüber denken mochten.

Stalin, der damals noch kein Stalinist war, sondern die Position der Bolschewiki wiedergab, dekretierte: »Die nationale Frage im Kaukasus kann nur im Geiste der Einbeziehung der zu spät gekommenen Nationen und Völkerschaften in den allgemeinen Strom der höheren Kultur gelöst werden.« Im 19. Jahrhundert hatten sich in einigen Regionen kleine Gruppen von Intellektuellen zusammengefunden, die einen gewissen literarischen Output zustande brachten und nationalistische Forderungen erhoben. Wer das Pech hatte, dass dies in seinem Siedlungsgebiet nicht rechtzeitig geschehen war, sollte sich – darauf lief Stalins Lösung hinaus – jenen Nachbarn anpassen, die bereits eine »höhere Kultur« entwickelt hatten. Zufriedenstellend war das nicht.

Georgien kann sogar drei Alphabete vorweisen, zwei kirchliche sowie Mchedruli, das 1879 seine heutige Form erhielt. Was aber bedeutet das für die Abchasier, deren kyrillisches Alphabet 1862 fertiggestellt wurde? 1937 zwang Stalin Abchasien das georgische Alphabet auf, das 1954 durch eine um Sonderzeichen ergänzte kyrillische Schrift ersetzt wurde.

Gäbe es ohne die sowjetische Nationalitäten- und Bildungspolitik, die die Alphabetisierung vorantrieb und in nach damaligen Maßstäben fortschrittlicher Weise Minderheitskulturen förderte, überhaupt eine abchasische Literatur? Hätte ein unabhängiges Georgien sie ebenso gefördert oder wäre sie im Namen der »nationalen Einheit« unterdrückt worden? Zur Eskalation der Konflikte nach dem Zerfall der Sowjetunion trug ein aggressiver georgischer Nationalismus in erheblichem Ausmaß bei, vor 100 Jahren aber stand das Land für einen nichtbolschewistischen Weg zum Sozialismus.

Der Kampf um Georgien unterscheidet sich daher von den Konflikten um die Sezession anderer Territorien des Russischen Reichs. Hier traten zwei ehemalige Fraktionen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands gegeneinander an, Bolschewiki (Mehrheitler) und Menschewiki (Minderheitler), die erst 1912 die endgültige organisatorische Trennung vollzogen hatten. In Georgien waren die Menschewiki die dominierende Partei der Linken und führten die am 26. Mai 1918 ge gründete Republik, die 1921 von der Roten Armee erobert und in die Sowjetunion eingegliedert wurde.

Die Unabhängigkeit war eine pragmatische Notlösung, »in keinem Sinn das kontrollierte Resultat sozialdemokratischer Bestrebungen« (Ronald Grigor Suny: »The Making of the Georgian Nation«). Die politische Spaltung und der Bürgerkrieg hatten das Land vom bolschewistischen Russland getrennt, von Süden rückte die türkische Armee vor und der Versuch, mit Armenien und Aserbaidschan eine transkaukasische Föderation zu gründen, war gescheitert.

Anders als die Bolschewiki glaubten die Menschewiki, Wirtschaft und Gesellschaft im Russischen Reich seien noch zu rückständig, als das man nach der Revolution den Übergang zum Sozialismus wagen könne. Die radikale Linke, inklusive der anarchistischen Kritikerinnen und Kritiker des Leninismus, hat die Möglichkeit, dass die Menschewiki recht gehabt haben könnten, seither fast immer leichtfertig ignoriert.

Eine durchschnittliche georgische Familie lebte 1918 von 1,6 Hektar Ackerfläche, hatte kein Zugtier und war analphabetisch, gläubig und abergläubisch. Unter solchen Bedingungen, so Ministerpräsident Noe Schordania, müsse die Sozialdemokratie »die entscheidende Rolle beim Aufbau eines modernen Staates spielen«. In der kurzen Phase ihres Bestehens brachte die Republik unter anderem eine Landreform zustande, sie förderte Kooperativen und wahrte, wenngleich sie nicht ohne autoritäre Züge war, die demokratischen Rechte und die Unabhängigkeit der Gewerkschaften. Den Sozialismus hätte Georgien auf sich gestellt nicht erreichen können, doch auch eine demokratische Republik von Kaukasus-Kibbuzim hätte ein interessantes Entwicklungsmodell dargestellt.

Für die Bolschewiki war das menschowistische Georgien eine gefährliche politische Konkurrenz. An der demokratischen Legitimation der georgischen Regierung hegten sie keinen Zweifel – sie war vielmehr Anlass für Lenin, für ein langsames und vorsichtiges Vorgehen zu plädieren. Die Initiative ergriffen gegen seinen Willen mit Stalin und Grigori Ordschonikidse zwei Georgier, die vollendete Tatsachen schufen. In dieser »georgischen Affäre« standen aber nur noch Zeitpunkt und Methode der Sowjetisierung Georgiens zur - Debatte.

Die Bolschewiki förderten nach der Eroberung die Alphabetisierung und die georgische Kultur. Sie waren zu großen Anstrengungen bereit, um nichtrussische Minderheiten zu integrieren, verstanden sich aber als Repräsentanten einer »höheren Kultur«, die allein ein über allem anderen stehendes Klasseninteresse vertraten – was auch immer die in überwältigender Mehrheit menschowistischen Arbeiter und Arbeiterinnen Georgiens darüber denken mochten. Die Eroberung Georgiens zeigt, dass bereits 1921 aus dem vermeintlichen Klassenstandpunkt Partei- und Staatsinteresse geworden war. Die sowjetische Besatzung wurde in Georgien meist als russische Herrschaft empfunden, Stalins Rolle gab den immer wieder aufflammenden nationalistischen Protesten aber zuweilen eine besondere Note. So protestierten am 4. März 1956, am dritten Todestag - Stalins, georgische Studenten in Tiflis gegen das Ausbleiben der üblichen Ehrungen – die KPdSU hatte kurz zuvor die halbherzige »Entstalinisierung« eingeleitet. Als die Demonstrationen sich in den folgenden Tagen ausweiteten, wurden nationalistische Parolen gerufen. Das Militär beendete die Proteste und erschoss mindestens 80 Menschen.

Bis heute ist das Stalin-Bild vieler Georgierinnen und Georgier von einer gewissen Bewunderung geprägt. Auch das staatliche Stalin-Museum in Gori (Dschungel-Seiten 14/15) ist weit mehr eine Kultstätte als ein Ort historischer Aufklärung, die mehrmals angekündigte Umgestaltung blieb bislang aus. Ilia II., der Patriarch der Georgischen Orthodoxen Kirche, verkündete 2013, dass Stalin eine »herausragende Person« und »insbesondere in seiner letzten Lebensphase ein Gläubiger« gewesen sei. Inoffiziell eingemeindet in den Kreis der Nationalheiligen wird Stalin nun vornehmlich von reaktionären Kräften, meist ahistorisch, aber nicht gänzlich zu Unrecht, da er nicht nur symbolisch für Machismo und Militarismus steht, sondern auch eine Retraditionalisierung der sowjetischen Gesellschafts- und Kulturpolitik durchsetzte.

Neben den oft terroristischen und bis zuletzt autoritären, von überwiegend russischen Funktionären angewendeten Methoden der KPdSU gehört dies zu den Gründen dafür, dass die Sowjetherrschaft den Nationalismus konservierte. Wie alle anderen Menschen in der

UdSSR lernten auch die Georgierinnen und Georgier, dass Homosexualität dekadent und eine Straftat sei, abstrakte Kunst und Pop die proletarischen Werte zersetzten und eine Nation Ausdruck der »sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart« (Stalin) sei. Besser hätte der ideologische Nährboden für die nationalistischen Konflikte der postsowjetischen Zeit kaum bereitet werden können.

Weitgehend vergessen ist hingegen der vielversprechende junge Streikführer Stalin, der mehrsprachige Pamphlete verteilte und robuste Interventionen gegen den nationalistischen Wahn leitete. Sich mit den damaligen sozialdemokratischen Bemühungen zu befassen, den Nationalismus zu bekämpfen, aber auch den berechtigten Forderungen der Minderheiten gerecht zu werden, ist trotz der unverkennbaren - theoretischen Schwächen weiterhin lohnend. Vorbildlich ist vor allem die damalige Haltung. Die Bolschewiki betrachteten Forderungen nach religiöser und national-kultureller »Selbstbestimmung« als temporäres Phänomen, das noch im Kapitalismus verschwinden werde. Es ging nicht darum, Identitäten zu kultivieren und zu konservieren, sondern für alle Menschen eine bessere Zukunft zu erkämpfen.